

**Betreff:**

Gemeinsame Verantwortung für Flüchtlinge in Wiesbaden  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 01.10.2015

**Antragstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**A. Berichterstattung**

*Der Magistrat wird gebeten:*

Über die aktuelle Situation zu berichten.

Dabei ist auch die durchschnittliche Verweildauer von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften zu benennen, sowie die Höhe des Anteils der Asylsuchenden, die in Gemeinschaftsunterkünften, Privathaushalten, sowie von der Stadt angemieteten Unterkünften untergebracht sind.

Zudem wird der Magistrat gebeten, zeitnah über die rechtlichen Neuerungen in Bund und Land in Bezug auf Bau- und Umweltstandards, sowie Vergaberecht und geförderten Wohnungsbau zu berichten. Darüber hinaus soll er diese Entwicklungen mit Blick auf Chancen und Risiken für Wiesbaden beobachten und Handlungsempfehlungen für Wiesbaden abgeben.

**B. Was Wiesbaden darüber hinaus tun kann**

*Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:*

1. Der Magistrat wird gebeten, sich weiterhin intensiv darum zu bemühen, alternative Unterbringungsmöglichkeiten als Notunterkünfte bereitzustellen, die so schnell wie möglich den Regelbetrieb in den betroffenen Sporthallen wieder ermöglichen.
2. Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten, weiterhin intensiv dafür zu arbeiten, dass für die zu erwartenden höheren Zahlen von zugewiesenen Flüchtlingen nach Wiesbaden ausreichend Wohnflächen zur Verfügung stehen.
3. Der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen soll sich in einer auf Vorschlag des Vorsitzenden des Sozialausschusses erweiterten Runde begleitend mit den in diesem Zusammenhang auftretenden Fragen und Problemen beschäftigen.
4. Der Magistrat wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass Flüchtlinge so schnell wie möglich an einem Sprachintensivkurs teilnehmen können. Hierzu sind auch Kooperationen mit Trägern der Erwachsenenbildung, Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer zu prüfen. Dabei liegt die Verantwortung für die anfallenden Kosten beim Land und beim Bund.
5. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit Flüchtlinge mit medizinischer Qualifikation bei der medizinischen Versorgung in Notunterkünften und Gemeinschaftsunterkünften eingesetzt werden könnten.
6. Der Magistrat wird gebeten, Alles dafür zu tun, dass Flüchtlinge, nachdem sie an einem Sprachintensivkurs teilgenommen haben, erfolgreich am Regelunterricht teilnehmen können; ihren Schul- und Berufsabschluss anerkannt bekommen, bis zum Erwerb eines anerkannten Abschlusses qualifiziert werden bzw. in den Arbeitsmarkt integriert werden.

**C. Was außerdem notwendig ist**

*Der Magistrat wird gebeten, sich auf übergeordneten Ebenen dafür einzusetzen, dass:*

## Antrag Nr. 15-F-03-0105

### Grüne

---

1. Der Bund und das Land, alle im Zusammenhang mit Flüchtlingen entstehenden Kosten der Landeshauptstadt Wiesbaden vollumfänglich übernimmt.
2. Der Bund und das Land, die Asylverfahren spürbar beschleunigen.
3. Sich Bund und Land auf eine systematische Finanzierung von Sprachkurse und qualitativ hochwertiger Integrationskurse verständigen. Für die Integration ist der Spracherwerb ein elementarer Baustein, ein langes „Abwarten“ in Gemeinschaftsunterkünften ohne systematische Förderung muss unbedingt vermieden werden.
4. Von Seiten des Landes mehr Schulplätze und Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung gestellt werden, auch für nicht mehr junge Flüchtlinge über 16 Jahre und in beruflichen Schulen. Die Mittel zum Ausbau der Bildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge sind durch Bund und Land zu erhöhen.
5. Der Bund und das Land für traumatisierte Kinder und Erwachsene ausreichend psychotherapeutische Angebote anbietet, bzw. diese finanziert.
6. Eine direkte Förderung von Flüchtlingen aus Bundesmitteln möglich wird. Hierbei sind Ansprüche auf das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundes, sowie des BaföG zu prüfen.
7. Bund, Land und Kommune gemeinsam Konzepte entwickeln, um Flüchtlingen möglichst schnell den Erwerb eines anerkannten Bildungs- und Berufsabschluss zu ermöglichen.
8. [NEU] Die Bundesregierung umgehend einen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vorlegt.
9. [NEU] Verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

Wiesbaden, 01.10.2015